



Wahlprüfsteine

zur Politik der Parteien im Deutschen Bundestag

in der Wahlperiode 2009 bis 2013

für eine nachhaltige Energieversorgung

Übersicht

- **Horizont 2050**

Versorgungssicherheit bei konsequentem Klima- und Ressourcenschutz
(Fragen 1 bis 3)

- **Horizont 2022**

Ausstieg aus dem Atomausstieg oder Fortsetzung der Energiewende?
(Fragen 4 bis 10)

- **Horizont 2013**

Energiepolitische Weichenstellungen gegen die Wirtschaftskrise
(Fragen 11 bis 26)

- **Internationale Perspektiven**

Zwischen den Nöten der UN und den Ambitionen der EU
(Fragen 27 bis 35)

- **Interdisziplinäre Perspektiven**

Energiesysteme als Thema von Bildung und Forschung
(Fragen 36 bis 40)

Horizont 2050

Versorgungssicherheit bei konsequentem Klima- und Ressourcenschutz

Ein aktuelles Weltenergie-Szenario¹ zeigt auf, wie die globalen CO₂-Emissionen von heute 30 Milliarden Tonnen pro Jahr bis zur Mitte des Jahrhunderts auf rund zehn Milliarden Tonnen pro Jahr gesenkt werden könnten. Eine so einschneidende Verminderung des Ausstoßes von Treibhausgasen gilt als notwendig, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken. Laut Studie ist dieses Ziel bei konsequentem Ausschöpfen der Möglichkeiten zur effizienten Energienutzung und verstärktem Ausbau Erneuerbarer Energien vereinbar mit dem Bevölkerungswachstum sowie einem weltweiten Zugang aller Menschen zur Stromversorgung, mit einem insgesamt sicheren und bezahlbarem Energieangebot und sogar mit dem weltweitem Wirtschaftswachstum.

Bei hinreichendem politischem Willen können demzufolge im Jahr 2050 im Weltmaßstab fast 80 Prozent des Strombedarfs und rund 70 Prozent des Wärmebedarfs aus regenerativen Quellen gedeckt werden. Ganze Kontinente wie Lateinamerika können auf erneuerbare Energien umgestellt sein. Im Verkehr können mittelfristig Biokraftstoffe und längerfristig ein wachsender Anteil von Elektromobilität zur Ablösung der fossilen Rohstoffe beitragen.

Frage 1)

Wie beurteilen Sie die Relevanz des aktuellen Weltenergie-Szenarios des DLR und der in diesem dargelegten Zielwerte für das Jahr 2050 für die Deutsche Energie- und Klimaschutzpolitik? An welchen anderen Szenarien und Zielwerten richten Sie ggf. das energiepolitische Programm Ihrer Partei aus? (einschließlich IEA, OECD, EU).

Frage 2)

Wie weit halten Sie für Deutschland eine Profilierung als Vorreiteration beim Klima- und Ressourcenschutz für erstrebenswert und machbar; und welchen Koordinations- und Kooperationsbedarf sehen Sie für die deutsche Politik im internationalen Kontext? Erwachsen daraus neue Chancen und Vorteile für unser Land?

Frage 3)

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die auf dem Weg zu einem nachhaltigen Energiesystem geforderten technologischen Fortschritte zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Ausweitung der Nutzung alternativer Energieträger befördern? Wie ist das Wechselverhältnis zu sehen zwischen fiskalpolitischen Maßnahmen, Ordnungsrecht und Selbstverpflichtungen?

¹ Weltenergie-Szenario, vorgelegt im Oktober 2008 vom Institut für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), erstellt in Zusammenarbeit mit weiteren Wissenschaftlern und Instituten, im Auftrag von Greenpeace International und dem European Renewable Energy Council (EREC).

Horizont 2022

Ausstieg aus dem Atomausstieg oder Fortsetzung der Energiewende?

2002 traf die rot-grüne Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen eine Vereinbarung über den Ausstieg aus der Atomenergienutzung. Auf deren Grundlage wurde in einer Novellierung des Atomgesetzes die schrittweise Abschaltung der Atomkraftwerke bis ca. 2022 festgelegt. Unter Verweis auf Deutschlands Energieabhängigkeit, insbesondere vom russischen Erdgas, sowie auf die steigenden Energiepreise und den Klimawandel mehrten sich neuerdings wieder die Rufe nach der Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken, zum Teil sogar nach dem Bau neuer Anlagen.

Dessen ungeachtet will die deutsche Energiewirtschaft bis 2020 rund 200 Milliarden Euro in die Erneuerbare Energieversorgung investieren. Voraussetzung dafür wäre jedoch das verbindliche Festhalten am Ausstieg aus der Atomenergie, während der Zweifel hieran die Investoren in flexible Erneuerbare-Energien-Kraftwerke offenkundig verunsichert.

Aktuell liegt der Anteil der erneuerbaren Energien beim Strom in Deutschland bei rund 15 Prozent, mit weiterhin stark anwachsender Tendenz: Für 2014 erwartet juwi bereits einen Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung von über 30 Prozent, für 2020 sogar schon rund 60 Prozent. Aber nur wenn dafür die Infrastruktur (Netze) geschaffen wird. Die hohe Attraktivität dieses Szenarios liegt in der Kombination aus der wachsenden Unabhängigkeit von Energieimporten und der Aussicht auf eine dauerhaft preisstabile, umweltfreundliche Energieerzeugung sogar im Grundlastbereich.

Ein schnell anwachsender Anteil erneuerbarer Energien fordert von dem bis auf weiteres noch dominanten konventionellen Kraftwerkspark, dass er in der Übergangszeit so flexibel wie möglich auf die variable Einspeisung erneuerbarer Energien reagiert – ein starkes Argument gegen Neuinvestitionen in große Gas- und Kohlekraftwerke. An deren Statt fordern die einschlägigen Verbände verstärkte Anreize der Politik für den Bau regenerativer Kombikraftwerke sowie für den vorauslaufend notwendigen Ausbau der Stromnetze.

Für eine andere viel beschworene Alternative, den Bau von „sauberen“ Kohlegroßkraftwerken mit CO₂-Abscheidung, stehen die Nachweise der rechtzeitigen Machbarkeit zu marktfähigen Preisen noch aus.

Frage 4)

Auf welche Bedarfsprognosen und Versorgungsszenarien gründet Ihr Programm für die politische Lenkung des gegenwärtigen Strukturwandels in der Energiewirtschaft?

Wo liegt die Jahreshöchstlast 2007 und in den letzten zehn Jahren? Wo die durchschnittliche Auslastung? Wie hoch ist der Kraftwerkspark?

Frage 5)

Welchen Energiemix erachten Sie mittel- und langfristig als krisenfest? Wieweit kann dieser Energiemix die großen Einsparpotenziale mobilisieren und Innovationen fördern? Braucht die Effizienzrevolution ein neues Denken?

Frage 6)

Welche Veränderungen des gegenwärtigen Energiemix streben Sie für die nahe und für die mittlere Zukunft an (2015, 2030)? Welche Investitionserfordernisse sehen Sie auf diesem Weg und welche Prioritäten ergeben sich hieraus für

- A. die Kernenergiepolitik?
- B. die Kohlepolitik?
- C. die Erdgaspolitik?
- D. die Erdölpolitik?
- E. die Infrastrukturpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Erschließung von Energiesparpotentialen und auf die Leistungsfähigkeit des Stromnetzes?
- F. die Agrarpolitik, im Hinblick auf die energetische Verwertung von Biomasse?
- G. die auf Windenergie gerichtete Politik?
- H. die auf Solarwärme gerichtete Politik?
- I. die auf Photovoltaik gerichtete Politik?

Frage 7)

Welchen Bedarf und welche Handlungsspielräume sehen Sie für die Laufzeitverlängerung einzelner Atomkraftwerke? Ist möglicherweise der Atompark, der das Rückgrat der Verbundwirtschaft bildet, ein Hindernis für Innovationen?

Frage 8)

Wie wollen Sie ggf. den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ohne Einbußen an der Systemsicherheit – einschließlich der nuklearen Entsorgung und der Vorsorge gegen Terrorgefahren – gewährleisten?

Frage 9)

Wie wollen Sie bei der Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Brennstoffabfälle weiter verfahren; Welche Zukunft sehen Sie für den Standort Gorleben?

Frage 10)

Wie wollen Sie den konkurrierenden Nutzungsansprüchen für die heimische Biomasse und für importierte nachwachsende Rohstoffe Rechnung tragen? Wann ist mit der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsverordnung zu rechnen?

Horizont 2013

Energiepolitische Weichenstellungen während der Wirtschaftskrise

Als unverzichtbare Voraussetzung für eine dauerhaft kostengünstige Energieversorgung wird in der Europäischen Union die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs auf dem Öl- und Gasmarkt gesehen. Zur Erhöhung der Anbietervielfalt bedarf es des Ausbaus der grenzüberschreitenden Netze und zuträglicher Anschlussbedingungen für neue Kraftwerke.

Trotz verschärfter Energieeinsparverordnung (EneV) und massiver Förderprogramme kommt die energetische Sanierung des Altbaubestands viel weniger zügig voran als projiziert. Auch nicht die Effizienzsteigerung, noch bleiben die qualitativen bzw. wirtschaftlichen Ergebnisse der Sanierungen deutlich unter den am Markt verfügbaren Möglichkeiten: laut vzbv wird nur jedes dritte Gebäude optimal erneuert.

Gleichzeitig stehen dem weiteren Ausbau der Windenergienutzung, insbesondere durch Vergrößerung bestehender Anlagen (Repowering), an vielen Orten die zu geringen Aufnahmekapazitäten der vorhandenen Stromnetze, aber auch raumordnungsrechtlichen Hindernisse entgegen.

Frage 11)

Auf welchen Wegen wollen Sie die Umsetzung und Effektivität der politischen Programme auf dem Feld des Energiesparens verbessern?

Frage 12)

Welche Potentiale für die Ausweitung der Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung und Fernwärme sehen Sie, und mit welchen Maßnahmen wollen Sie deren Erschließung vorantreiben?

Frage 13)

Für welche Zielvorgaben setzen Sie sich beim Begrenzen des Primärenergieverbrauchs sowie der Emissionen des Straßen- Luft- und Seewegeverkehrs ein und mit welchen Instrumenten wollen Sie diese erreichen?

Frage 14)

Wie stehen Sie zu generellen Tempolimits sowie zur Ausweitung technischer Maßnahmen zur Verkehrssteuerung bzw. Stauvermeidung als Instrumente zum Kraftstoff- und CO₂-Sparen?

Frage 15)

Welche Maßnahmen halten Sie zur Ausweitung des Wettbewerbes von Energieanbietern bzw. zur Minimierung von Wettbewerbsbehinderungen für geboten? (Nach Möglichkeit zu spezifizieren nach Strom-, Gas- und Öl-, bzw. Wärmemarkt)

Frage 16)

Welche politischen Möglichkeiten sehen Sie, die Genehmigungsverfahren für den Netzausbau sowie für den Bau neuer Kraftwerke zu vereinfachen und zu beschleunigen? Wie sehen Sie den Ausbau der Erdverkabelung?

Frage 17)

Für welche Maßnahmen zur Unterstützung der mittelständischen Energiewirtschaft – so von Stadtwerken und vergleichbaren privaten Energieanbietern – setzen Sie sich ein? Sind dort Unterscheidungen zwischen Erzeugern und Verkäufern notwendig?

Frage 18)

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie im Zuge des bevorstehenden Umbaus der Energiewirtschaft Engpässe und Ausfälle bei den Verteilungsnetzen gewährleisten? Wie stehen Sie zu den Forderungen nach einheitlicher Regelzone und Gleichstrom?

Frage 19)

Wie stehen Sie zu der von der EU-Kommission geforderten eigentumsrechtlichen Netzabtrennung?

Frage 20)

Wo sehen sie in der Energiepolitik Handlungsmöglichkeiten für das Zurückfahren und Beenden von Dauersubventionen? 1,3 Mrd. für Kohle – umleiten in Konversionsprogramme? Wollen Sie an dem gefundenen Kohlekompromiss festhalten?

Frage 21)

Von welchen energiepolitischen Weichenstellungen erhoffen Sie sich günstige Effekte im Sinne der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und wie wollen sie diese arbeitsmarktpolitisch flankieren?

Frage 22)

Für welche Hilfestellungen für KMU bei der Umsetzung von Vorschriften und von freiwilligen Maßnahmen zum Energiesparen sowie zur Emissionsminderung von Treibhausgasen, insbesondere CO₂, N₂O und Methan setzen Sie sich ein?

Frage 23)

Welchen Stellenwert messen Sie der heimischen Holzwirtschaft sowie der landwirtschaftlichen Biotreibstoff- und Biogasproduktion zu und welche Maßnahmen halten Sie für deren Stärkung bzw. Ausbau geeignet?

Frage 24)

Mit welchen Maßnahmen werden Sie die weitere Umsetzung der Charta für Holz der Bundesregierung aus dem Jahr 2004 vorantreiben?

Frage 25)

Welchen Entscheidungsbedarf erkennen Sie für die kommende Legislaturperiode und welche Reformvorhaben resultieren hieraus für

- A. das Energiewirtschaftsgesetz?
- B. das Atomgesetz?
- C. Emissionshandel
- D. das Wettbewerbsrecht?
- E. das Steuerrecht?
- F. die Energieeinsparverordnung
- G. das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz
- H. das Energie-Einspeisegesetz?
- I. andere Gesetze?

Frage 26)

Wie bewerten Sie den Emissionshandel? Was soll passieren bei Auktionen und Zertifikatehandel? Was ist mit carbon leakage?

Frage 27)

Wie beurteilen Sie den politischen Bedarf an der Einrichtung eines Energieministeriums, im Dienste der Zusammenführung der Interessen von Energie-Erzeugern, Versorgern und Verbrauchern? Kommt darauf an, welche Energiepolitik?

Internationale Perspektiven

Zwischen den Nöten der UN und den Ambitionen der EU

Keine Konferenz unter dem Dach der Vereinten Nationen vergeht mehr, in der nicht die Dringlichkeit radikaler Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre vor vermeidbaren Belastungen durch Industrieabgase beschworen wird – bei gleichzeitiger Betonung der Priorität forcierten Wachstums, vor allem durch die großen Schwellen- und Entwicklungsländer.

Vor diesem Hintergrund übertrifft sich die EU in immer neuen programmatischen Vorgaben, in welchen sie die Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit und der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im Kontext der galoppierenden Globalisierung integrieren will. So forderte unlängst der frühere Präsident der EU Kommission die feste Institutionalisierung einer gemeinsamen Energie- und Energieaußenpolitik nach den Vorbildern von Euratom und der frühen Kohle- und Stahl-Union.

Gleichzeitig kritisierte der European Court of Auditors die EU für die ineffektive Verwendung der 250 Millionen Euro für ihr letztes Programm zur Förderung des Energiesparens.

Nach Schätzungen der G8-Staaten beläuft sich der voraussichtliche Investitionsbedarf zur Entwicklung klimafreundlicher Energiesysteme bis 2030 auf 20.000 Milliarden US-Dollar – zu begleiten von einem erheblich verstärkten Engagement der Industriestaaten beim Technologietransfer, unter größtmöglicher aktiver Einbeziehung der privaten Wirtschaft.

Auf der globalen Ebene ist – gemessen an den erkannten Herausforderungen – der Mangel an leistungsfähigen institutionellen Strukturen am dringendsten. Von einer fairen und nachhaltigen Vermittlung der Möglichkeiten und Interessen von Lieferanten von Energierohstoffen – in weitester Perspektive bis hin zu Solarwasserstoff im Großmaßstab –, von Transit- und Verbraucherländern kann in Anbetracht der derzeitigen Weltmarktstrukturen und Kartellpolitiken kaum die Rede sein.

Frage 28)

Welche Erfordernisse und welche Handlungsspielräume sehen Sie für eine gemeinsame Energie-Innen und Außenpolitik der EU, und welche Rolle sollen in diesem Zusammenhang die Deutsche Bundesregierung oder die Gremien des Bundestags spielen?

Frage 29)

Welche Chancen sehen Sie – auf nationaler und internationaler Ebene –für die Verzahnung von Klimaschutzpolitik und an Versorgungssicherheit orientierter Energiepolitik, sowie wachstumsorientierter Handels- und Wirtschaftspolitik? Welche Zielkonflikte sehen Sie hierbei und für welche Maßnahmen zu deren Lösung setzen Sie sich ein?

Frage 30)

Welche Quoten befürworten Sie für die in der EU zu erbringenden Einsparungen von Treibhausgasemissionen bzw. für die bei Entwicklungsländern zu kaufenden Emissionszertifikate?

Welche Rolle nehmen dabei JI + CDM ein?

Frage 31)

Welchen Stellenwert messen Sie der Versteigerung der Emissionslizenzen zu; welche Ausnahmeregelungen erachten Sie als geboten?

Frage 32)

Für welche Zwecke wollen Sie die Erlöse aus der Versteigerung der Emissionslizenzen verwendet sehen? Welcher Anteil soll für den internationalen Klimaschutz bereitgestellt werden?

Frage 33)

Welche Bedeutung messen Sie der heimischen und der weltweiten Forstwirtschaft und Waldschutzpolitik im Kontext der internationalen Klimaschutzpolitik zu und in welchen konkreten politischen Maßnahmen soll sich dieser niederschlagen?

Frage 34)

Welche Bedeutung messen Sie der langfristigen Energiepartnerschaft mit Russland zu und für welche Formen ihrer Institutionalisierung setzen Sie sich ein? Welche Rahmensetzungen/Verträge sind dafür notwendig?

Frage 35)

Welche Chancen und welchen Reform- bzw. Revisionsbedarf messen Sie der Internationalen Energieagentur (IEA), dem Energiecharta-Vertrag (ECT) und dem Internationalen Energieforum (IEF) zu; und welche Möglichkeiten der Initiative bzw. Einflussnahme sehen Sie diesbezüglich für die deutsche Politik?

Frage 36)

Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie für die deutsche Politik zur Verbesserung der Effektivität der Mittelverwendung durch die EU und die internationalen Institutionen?

Interdisziplinäre Perspektiven

Energiesysteme als Thema von Bildung und Forschung

Die Energiepolitik erfordert einen weitergehenden rasanten Ausbau der regenerativen Energien, deutliche Effizienzsteigerungen im Energieverbrauch und darüber hinaus eine Flexibilisierung des Einsatzes von Gas und Kohle als Brückentechnologien. In diesen drei Bereichen besteht erheblicher Forschungsbedarf – nicht weniger als auf dem Feld der Grundlagenforschung für die Erschließung weiterer Zukunftsoptionen. Um diesen sich ausweitenden Bedarf zu decken, ist die Schaffung von neuen Ausbildungs- und Studiengängen erforderlich, die den Nachwuchs von qualifiziertem Forschungspersonal gewährleisten.

Frage 37)

Mit welchen Maßnahmen auf dem Feld der Bildungs- und Ausbildungspolitik wollen Sie dem wachsenden und sich wandelnden Bedarf Rechnung tragen, der aus dem bevorstehenden Strukturwandel der Energiewirtschaft resultiert?

Frage 38)

Welche Prioritäten setzen Sie beim Ausbau der Energieforschung? Welche Fördersummen sehen Sie für welche programmatischen Schwerpunkte – ggf. bei welchen Institutionen – vor?

Frage 39

Welche Schwerpunkte werden Sie bezüglich nachwachsender Energierohstoffe in der Forschung setzen: thematisch, institutionell und in der internationalen Zusammenarbeit?

Frage 40)

Welche staatlichen Maßnahmen halten Sie für angezeigt, um den Anteil von Frauen in technisch dominierten Arbeitsfeldern wie dem Energiebereich auch im internationalen Vergleich zu erhöhen und in der Nord-Süd-Zusammenarbeit auf dem Feld der Energie- und Klimaschutzpolitik den besonderen Bedürfnissen und Interessen von Frauen Rechnung zu tragen?

Frage 41)

Welche Perspektiven sehen Sie für die Erforschung und den Einsatz transgener Energiepflanzen und welche Maßnahmen der Vorsorge schädlichen Umweltauswirkungen im Dienste des Erhalts der gentechnikfreien Landwirtschaft sehen Sie ggf. vor?



INEP Institut Oldenburg gGmbH

Internationales Institut für nachhaltiges Energiemanagement,
Politik, Risiko und soziale Innovationen

Geschäftsführender Direktor:
Prof. Dr. Bernd Heins

Henstedter Weg 2
D-27243 Groß Ippener

Tel.: +49 4224 140 566

Fax +49 4224 140 568

Email: info@inep-international.de

www.inep-international.de

www.energiepolitische-wahlpruefsteine.de